

Die Ostseegaspipeline - Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (2005). Die Ostseegaspipeline - Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel? *Russland-Analysen*, 72, 12-14. <https://doi.org/10.31205/RA.072.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



REFORM DER ELEKTRIZITÄTSWIRTSCHAFT DIE RUSSISCH-DEUTSCHE OSTSEEPIPELINE

■ Analyse	Die Reform der russischen Elektrizitätswirtschaft. William Tompson, Paris	2
■ Tabellen und Grafiken zum Text	Die Struktur der russischen Elektrizitätswirtschaft heute und morgen	4
	Stromproduktion und -verbrauch	7
■ Umfrage	Das Ansehen von RAO EES in der Bevölkerung	8
<hr/>		
■ Analyse	Die Ostseegaspipeline – Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel? Roland Götz, Berlin	12
■ Grafik zum Text	Geplante und bestehende russische Erdgaspipelines Richtung Westen	15
■ Pressestimmen	Kommentare zur Ostseepipeline	16
<hr/>		
■ Chronik	Vom 9. bis zum 15. September 2005	18

Analyse

Die Reform der russischen Elektrizitätswirtschaft

William Tompson, OECD, Paris

Zusammenfassung

Ziel der russischen Reform der Elektrizitätswirtschaft ist es, einerseits Wettbewerb in den Bereichen Produktion und Endverbraucherbelieferung zu schaffen und andererseits das Leitungsnetz unter der Kontrolle regulierter natürlicher Monopole zu belassen, wobei freier Zugang für Drittanbieter zu den Netzwerken gewährleistet sein sollte. Die Reform soll letztendlich sicherstellen, dass das Angebot auch weiterhin die wachsende Nachfrage befriedigen kann, indem Bedingungen geschaffen werden, die sowohl für Investitionen in neue Kapazitäten als auch für größere Effizienz bei Produktion und Verbrauch förderlich sind. Der Ansatz der Reform ist viel versprechend. Es gibt jedoch ein beträchtliches Risiko, dass die Reform während der Implementierungsphase durch die Lobbytätigkeit von Interessengruppen untergraben wird. Dabei sind zwei Gefahren von Bedeutung. Die erste ist, dass Interessengruppen aus dem Privatsektor strategische Anteile übernehmen, was dazu führen könnte, dass diese Gruppen Marktmacht ausüben oder sogar örtliche Monopole errichten könnten. Die zweite Gefahr besteht darin, dass der Staat selber die Vermögenswerte, über die er die Kontrolle behalten wird, zusammen mit seiner Regelsetzungskompetenz benutzen wird, um den Markt so zu regulieren, dass Wettbewerb behindert wird und gerade diejenigen Investoren, die durch die Reform eigentlich ermutigt werden sollen, abgeschreckt werden.

Eine ehrgeizige Reform ...

Russland führt zurzeit eine sehr ehrgeizige Restrukturierung seines Elektrizitätssektors durch. Ziel dieser Reform ist es, einerseits Wettbewerb in den Bereichen Produktion und Endverbraucherbelieferung zu schaffen und andererseits das Leitungsnetz unter der Kontrolle regulierter natürlicher Monopole zu belassen, wobei freier Zugang für Drittanbieter zu den Netzwerken gewährleistet sein sollte. Die Reform soll letztendlich gewährleisten, dass das Angebot auch weiterhin die wachsende Nachfrage befriedigen kann, indem Bedingungen geschaffen werden, die sowohl für Investitionen in neue Kapazitäten als auch für größere Effizienz bei Produktion und Verbrauch förderlich sind. Dies bedeutet, dass Preisanhebungen zugelassen werden müssen, die die Kosten reflektieren, dass Quersubventionen abgeschafft werden müssen und der Markt funktionieren darf, wo immer es möglich ist. Kernelemente der Reform sind:

- die Zerstörung des vertikal integrierten Monopols von Produktion, Übertragung und Endverbraucherbelieferung und die Trennung von Bereichen, die potentiell wettbewerbsfähig sind (Stromerzeugung und Endverbraucherbelieferung) von denjenigen Bereichen, die größtenteils natürliche Monopole sind (Leitungsnetzwerke);
- die Zulassung von Wettbewerb in den Gebieten, die potentiell wettbewerbsfähig sind; und
- die Festlegung von regulierten Tarifen für natürliche Monopole wie Übertragung und Verteilung dahingehend, dass Effizienz gefördert wird und nicht nur die Produktionskosten abgedeckt werden.

Diese Gesamtstrategie ist in einem detaillierten Reformprogramm enthalten, das auf zwei

Grundpfeilern ruht, auf der Schaffung eines neuen gesetzlichen Rahmens und der Umstrukturierung des Konzerns RAO EES (Rossijskoje akzionernoje obschtschestwo Edinaja energetitscheskaja sistema – Russische Aktiengesellschaft Einheitliches Energiesystem, englische Abkürzung: UES). Die beiden Reformstränge sind eng miteinander verflochten, da die Umstrukturierung von RAO EES für die Schaffung einer wettbewerbsfähigeren Marktstruktur während des Übergangs wesentlich ist.



... und die Risiken

Der Gesamtansatz der Reform ist viel versprechend und die Reform ist sorgfältig und gründlich geplant worden. Es gibt jedoch ein beträchtliches Risiko, dass die Reform während der langen Implementierungsphase durch die Lobbytätigkeit von Interessengruppen untergraben wird. Eine solche Lobbytätigkeit ist offensichtlich, seit die Reform im Jahre 2001 in Gang gesetzt wurde, und es sieht nicht so aus, als ob sie nachlässt. Das Risiko, dass Interessengruppen die Reform verwässern werden, ist umso größer, als die Umstrukturierung von RAO EES und die Gestaltung des liberalisierten Sektors parallel vorgenommen werden.

Beide sind notwendige Bestandteile der Reform, aber wenn sie beide gleichzeitig durchgeführt werden, wird der Prozess erschwert, da der Wert der Konzernteile, die bei der Zerlegung von RAO EES entstehen, in vielen Fällen von den noch nicht genau absehbaren Institutionen und Regeln abhängen wird, die den Strommarkt in Zukunft gestalten werden.

Teilnehmer am Wettbewerb um die Übernahme von Unternehmensteilen von EES haben daher eine hohe Motivation, ihre Lobbytätigkeit auf bestimmte Lösungen für Fragen der Regulierungsreform und Marktstruktur zu richten. Die Herausforderung an die Regierung besteht darin, sicher zu stellen, dass die Reform so durchgeführt wird, dass eine Kombination von effektivem Wettbewerb und effektiver Regulierung erreicht wird. Wenn die Reform rechtzeitige und geeignete Investitionen in den Stromsektor anziehen soll, muss sie zur Schaffung von effektiven Strommärkten führen, die durch wirklichen Wettbewerb, der auf wirtschaftlich sinnvollen Preisen basiert, gekennzeichnet sind. Dies bedeutet auch, dass ein robuster, transparenter und vorhersagbarer Gesetzes- und Aufsichtsrahmen nötig sein wird.

Das ‚oligarchische Oligopol‘

Hierbei gibt es zwei Hauptgefahren. Die erste, die der Regierung offensichtlich bewusst ist, ist die Gefahr eines ‚oligarchischen Oligopols‘. Es gibt ein reales Risiko, dass die Verteilung der Unternehmensteile von EES zu einem privaten Oligopol oder örtlichen Monopolen führen kann. Darüber hinaus lässt das Benehmen von vielen privaten Akteuren darauf schließen, dass sie nicht glauben, dass die Restrukturierung zu einem wettbewerbsorientierten Markt führen wird. Wenn der Elektrizitätssektor nach der Reform von lokalen Monopolen oder der Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung bestimmt wird, wird die Reform größtenteils verfehlt sein.

Ein gut reguliertes, vertikal integriertes Monopol könnte einem Markt ohne Wettbewerb sogar vorzuziehen sein. Dies ist jedoch kein Argument für den *Statu quo*: Das gegenwärtige russische Monopol ist weder effektiv integriert noch gut reguliert. Das Endergebnis der Auflösung von RAO EES muss deshalb unbedingt eine Marktstruktur sein, die den Wettbewerb unterstützt. Auch müssen die Regeln für diesen Markt transparent und stabil sein und effektiv durchgesetzt werden können. Eine effektive Wettbewerbspolitik wird wesentlich sein.

Ein ‚Potemkin‘scher Markt‘?

Die zweite Gefahr wird sehr viel weniger diskutiert, ist aber nicht weniger ernst: Der Staat selber könnte den Wettbewerb im Sektor einschränken. Um die Risiken, die aus der Reform entstehen können und um die Ausübung von Marktmacht durch private Akteure zu verhindern – d.h., um ein ‚oligarchisches Oligopol‘ zu verhindern – hat die Regierung eine Reihe von Mechanismen in die Reform eingebaut, die dazu führen können, dass die Regierung *de facto* den Markt so gestalten kann, dass die Liberalisierung konterkariert wird. Das Ergebnis könnte ein ‚Potemkinscher Markt‘

sein, ein formal liberalisierter Sektor, der aber in der Realität größtenteils vom Staat gelenkt wird.

Allein schon die Wahrnehmung, dass es ein Übermaß an staatlicher Kontrolle gibt, könnte die Reform vereiteln: Investoren werden zögern, in den Markt einzusteigen, wenn sie glauben, dass die Regierung massiv intervenieren wird, um Preise niedrig zu halten. Investoren werden überhaupt davor zurückschrecken, in irgendeinen Markt einzusteigen, in dem Regulierungsbehörde, Kontrolle der Infrastruktur und der größte Anteil der Produktionskapazitäten alle in den Händen des Staates konzentriert sind. Eine rechtzeitige und glaubwürdige Verpflichtung des Staates, sich nach Abschluss der Reform aus der Stromerzeugung zurückziehen, wäre ein beruhigendes Signal für Investoren.

Eine effektive Regulierung wird ebenfalls wesentlich für eine erfolgreiche Reform sein. Ein stabiler Gesetzes- und Aufsichtsrahmen, mit vorhersagbarer Politik in Bezug auf z.B. Tarifregulierung und Zugang zur Infrastruktur, ist vonnöten, wenn der Sektor langfristig Investitionen anziehen soll. Im Rahmen der Strukturen, die zum jetzigen Zeitpunkt vorgesehen sind, wird es jedoch für die Regierung schwer sein, eine glaubwürdige Verpflichtung einzugehen, stabile Regelungen zu implementieren.

Die Gesetzgebung ist auf vielen Gebieten wagemutiger und lässt der Regierung enormen Spielraum auf dem Feld der Stromregulierung. Die Tatsache, dass im Gesamtplan keine starke, unabhängige Regulierungsbehörde vorgesehen ist, kann nur Anlass zur Sorge geben. Die Regulierungsbehörden, die gegenwärtig existieren, haben zu wenig Ressourcen, und es ist nicht klar, ob sich dies im Zuge der Reform ändern wird. Investoren können befürchten, dass sie, sobald sie Verpflichtungen eingegangen sind, *ex post* ausgebeutet werden, da der Regulierungsrahmen nach ihrer Verpflichtung geändert wird. Wenn die Reformpläne nicht geändert werden, wird es für die Regierung nicht leicht sein, andere Akteure davon zu überzeugen, dass die neuen Regeln und Strukturen stabil sind und erst recht nicht, dass sie bereit ist, den Markt frei walten zu lassen.

Die Gesetzesreform stockt

Die Evolution der Reform in den Jahren 2003–2005 zeigt, dass die oben beschriebenen Gefahren tatsächlich ernst genommen werden müssen. Der Konflikt, ob und wie die Elektrizitätswirtschaft zu privatisieren sei, führte zu wiederholten Verzögerungen und viel öffentlicher Diskussion. Während die Umstrukturierung von RAO EES weiterhin mit beträchtlichem Tempo fortgesetzt wird, scheint die Schaffung des gesetzlichen Rahmens stillzustehen: Im April 2005 revidierte die Regierung den Zeitplan für die Reformgesetzgebung und verschob damit den Endtermin um ungefähr ein Jahr. Dieses war der fünfte Zeitplan, der von der Regie-

rung innerhalb von vier Jahren angenommen wurde. In Anbetracht der technischen Schwierigkeiten sind einige Verzögerungen vielleicht gerechtfertigt, Verzögerungen vergrößern jedoch eine von vornherein beträchtliche Unsicherheit über die Regeln für den zukünftigen liberalisierten Strommarkt wie auch über den Zeitplan der Liberalisierung. Darüber hinaus hat die Tatsache, dass die Regierung in Hinblick auf Schlüsselemente der Reform offensichtlich schwankt, das Vertrauen in die Reform als Ganzes untergraben, insbesondere das Vertrauen in den Willen der Regierung, den Strommarkt zu liberalisieren.

Einige ausländische Investoren sind schon vor geplanten Projekten in Russland zurückgeschreckt, aus Unsicherheit über Richtung und Tempo der Reform. Wenn Investoren und andere Marktteilnehmer zu dem Schluss kommen, dass die Regierung nicht mehr voll hinter der Reform steht, wird Widerstand gegen die Reform wahrscheinlich wachsen und das Vertrauen in diese Reform schwinden.

*Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann
 Redaktion: Heiko Pleines*

Über den Autor

William Tompson ist Senior Economist für die GUS und Südosteuropa bei der Wirtschaftsabteilung der OECD. Die Meinungen, die in diesem Beitrag ausgedrückt werden, sind seine eigenen und geben nicht die Ansichten der OECD oder ihrer Mitgliedsstaaten wieder.

Lesetipps

OECD, *OECD Economic Surveys: Russian Federation* (Paris: OECD, September 2004)

International Energy Agency, *Russian Electricity Reform: Emerging Challenges and Opportunities* (Paris: IEA, April 2005)

Grafiken und Tabellen zum Text

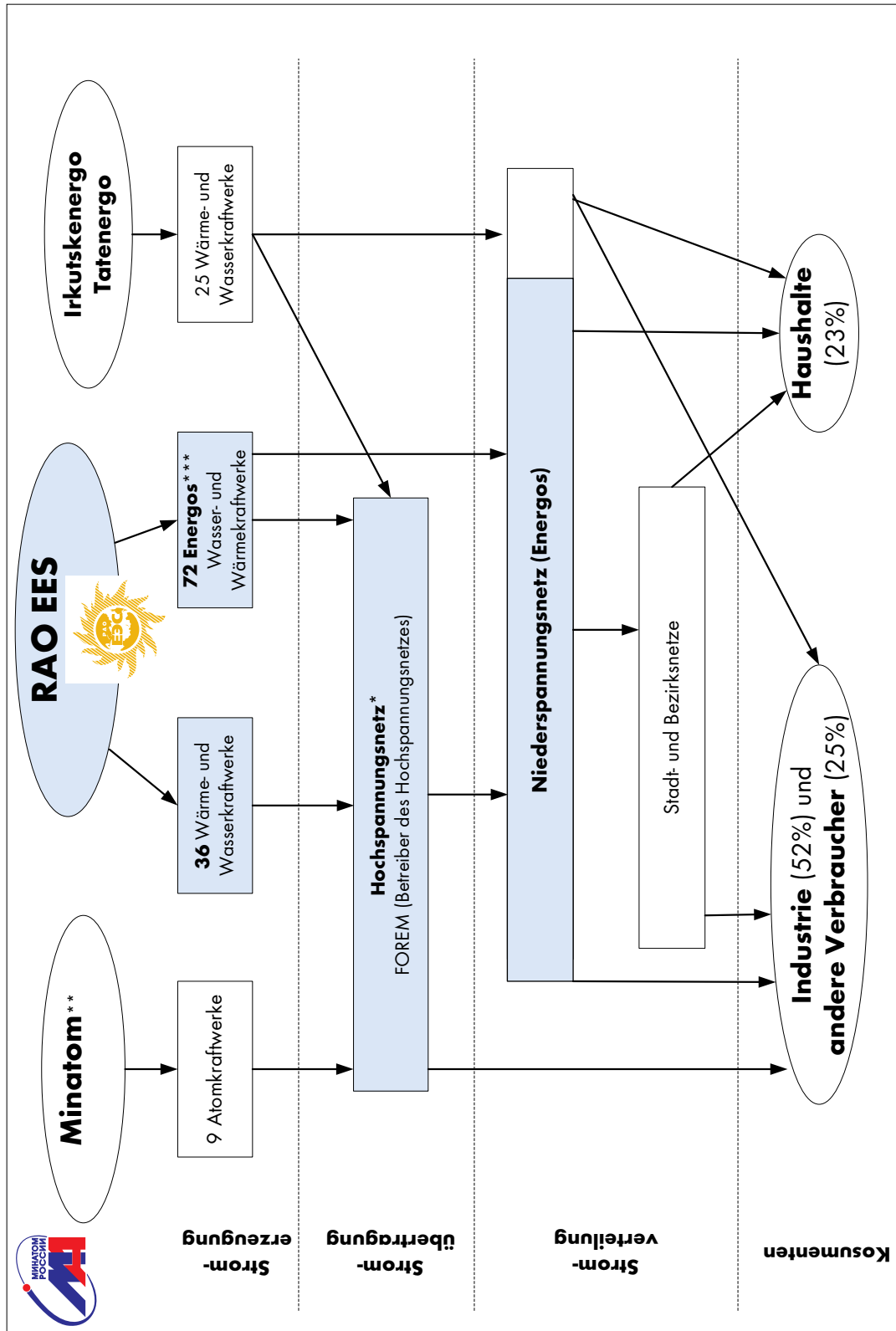
Die Struktur der russischen Elektrizitätswirtschaft heute und morgen

Die Aktionärsstruktur von RAO EES 2004

Eigentümer	Sektor	Anteil in %
Russische Föderation	Staat	52
Gasprom AG	Gas (staatlich)	10–13
ESN-Energo	Energie (Enel - Italien)	5
MDM	Aluminium	4-5
Nazionalny Reservny Bank	Finanzen (staatlich)	4
Euras Holding	Stahl/Metall	2–3
SUAL/CES	Aluminium	1-3
LUKoil	Erdöl	2
FP (Ukraine)	Finanzen/Industrie	2
Interros	Finanzen/Industrie	1–2
Jukos	Erdöl	1
Norilsk Nickel	Buntmetalle	1
Weitere Aktionäre	k.A.	11–13

Quelle: Troika-Dialog, *Rossiiskii ezednevniy rynek*, 3.6.2004, S. 4
 Übersetzung: Bastian Stenzel

Abbildung 1: Die Struktur der russischen Elektrizitätswirtschaft, 2002

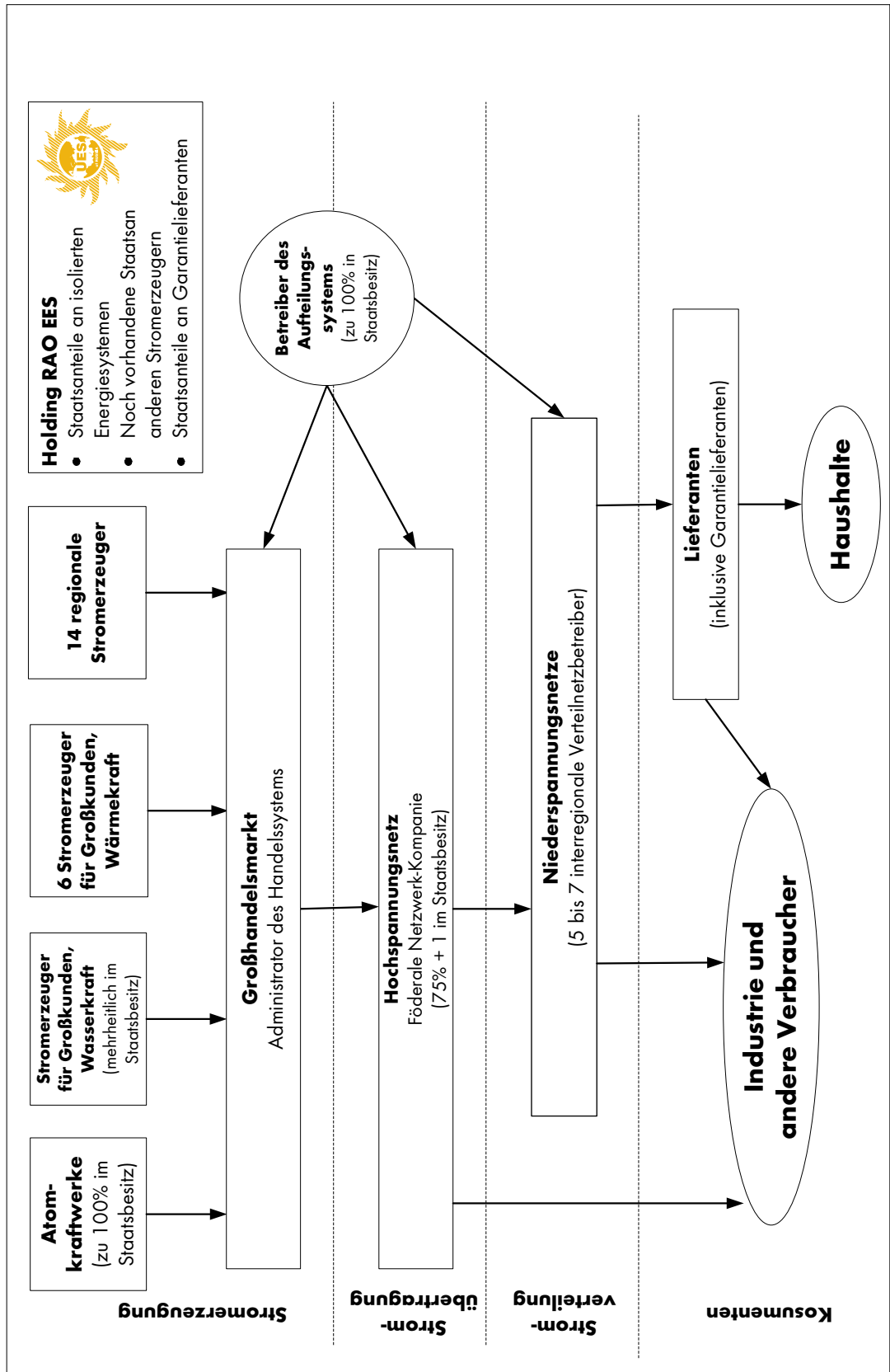


* 408 Kraftwerke sind an das Hochspannungsnetz angeschlossen ** Atomministerium *** Energos (auch OblEnergos) sind die regionalen Stromfirmen, die sich (mit Ausnahme von Irkutskenergo und Tatenergo) im Mehrheitsbesitz von EES befinden.

Quelle: Schätzungen der OECD aus verschiedenen Quellen

Grafik: William Tompson, Übersetzung: Matthias Neumann

Abbildung 2: Die Struktur der russischen Elektrizitätswirtschaft, 2008–2009



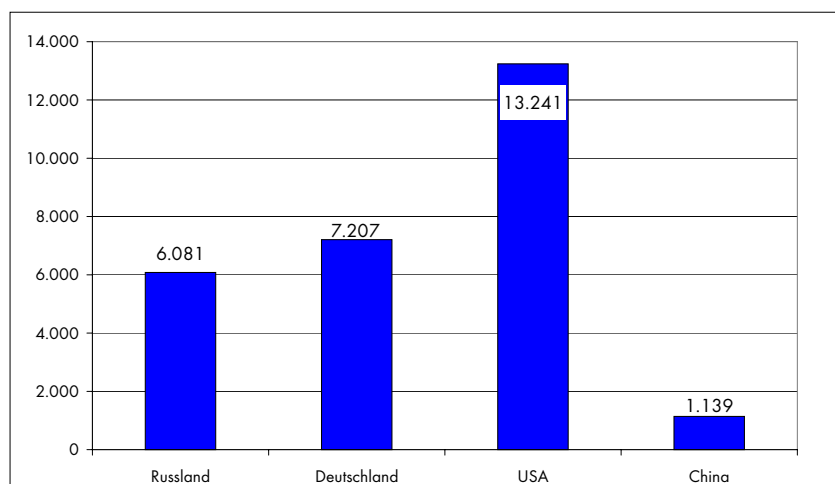
Quelle: OECD aus verschiedenen Quellen
 Grafik: William Tompson, Übersetzung: Matthias Neumann

Stromproduktion und -verbrauch

Die russische Strombilanz 2004 (Leistung (in GWh))

Produktionsquelle:	
Kohle	170346
Öl	27413
Gas	384744
Biomasse	17
Abfälle	2784
Kernenergie	141629
Wasserkraft	164190
Geothermie	156
Photovoltaik	0
thermische Solarenergie	0
andere	6
Stromproduktion gesamt	891285
Importe	5154
Exporte	-18097
Inlandsstrommenge	878342
Statistische Differenz	0
Transformation insgesamt	0
Wärmeleistungwerke	0
Energiesektor	152529
Verteilungsverluste	107576
Endverbrauch gesamt	618237
Industrie	319641
Transportwesen	67830
Landwirtschaft	22700
Handel und öffentlicher Dienst	65374
Privathaushalte	142692
andere	0
nicht genutzte Energie	0

Quelle: http://www.iea.org/Textbase/stats/electricitynonoecd.asp?nonoecd=Russia&COUNTRY_LONG_NAME=Russia
25.8.2005. Übersetzung: Bastian Stenzel



Stromverbrauch pro Kopf (in kWh)

Quelle: Human Development Report
2004 http://hdr.undp.org/statistics/data/excel/hdr04_table_21.xls
25.8.2005
Übersetzung: Bastian Stenzel

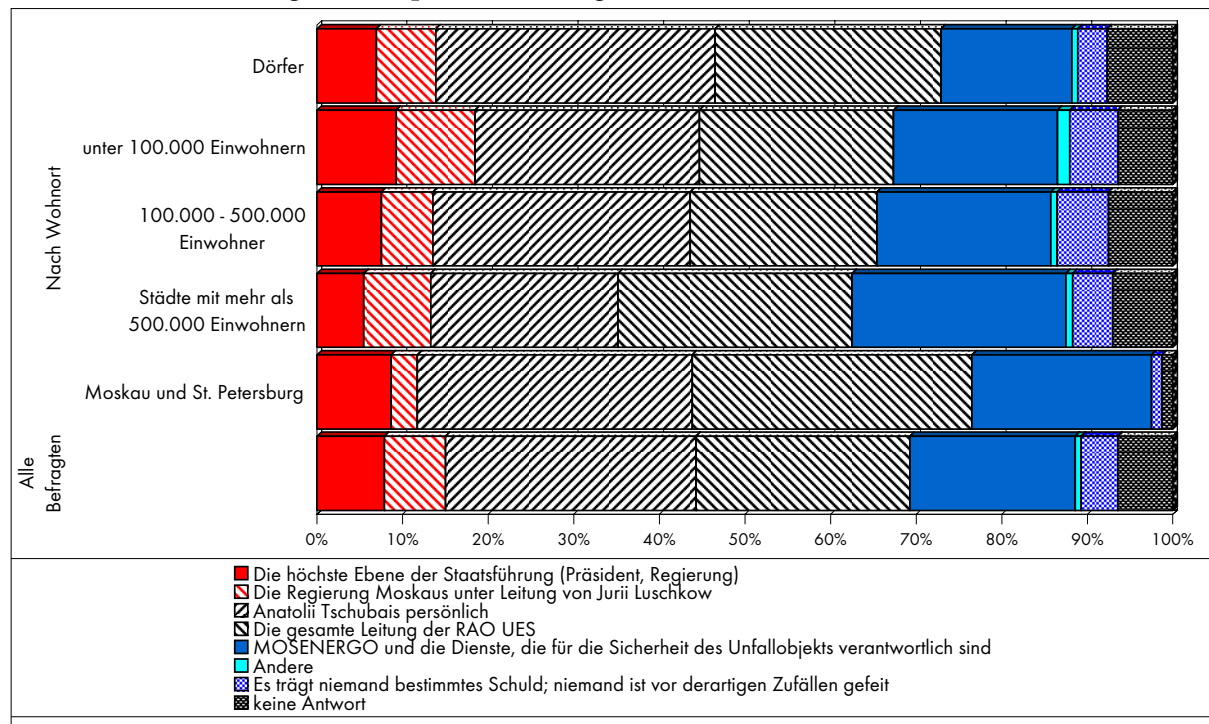
Umfrage

Das Ansehen von RAO EES in der Bevölkerung

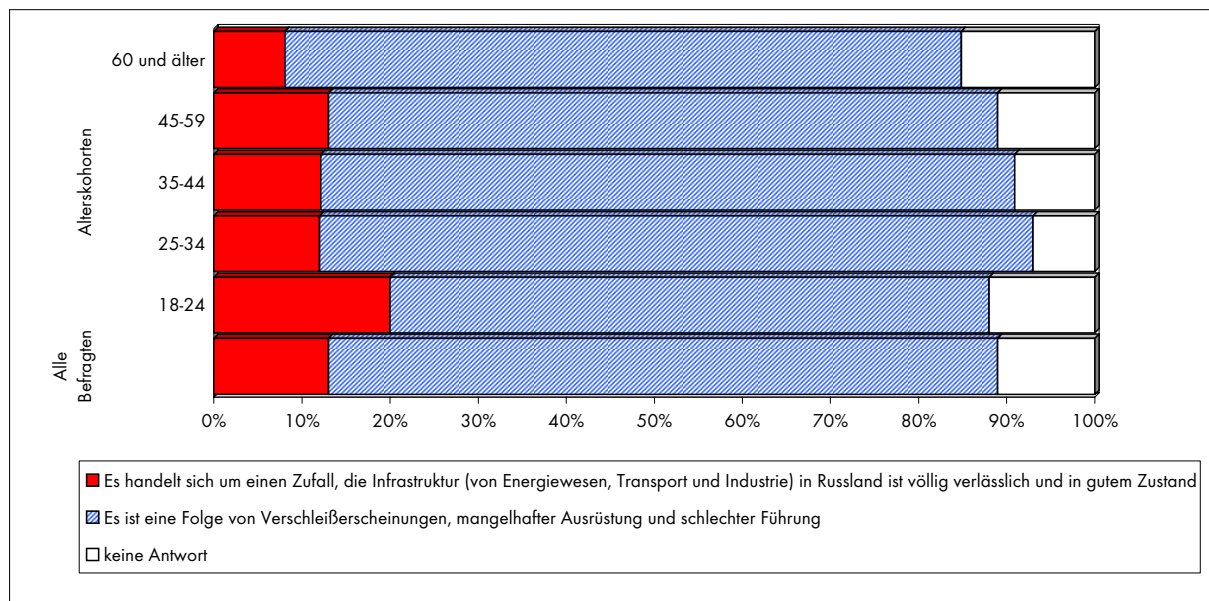
(zusammengestellt und übersetzt von Bastian Stenzel, Grafiken erstellt von Matthias Neumann)

Vor kurzem [25. Mai 2005] gab es in Moskau und einigen angrenzenden Regionen eine durch unfallbedingten Stromausfall verursachte Krise.

Was denken Sie, wer trägt die Hauptverantwortung für den Unfall? (max. 2 Antworten)

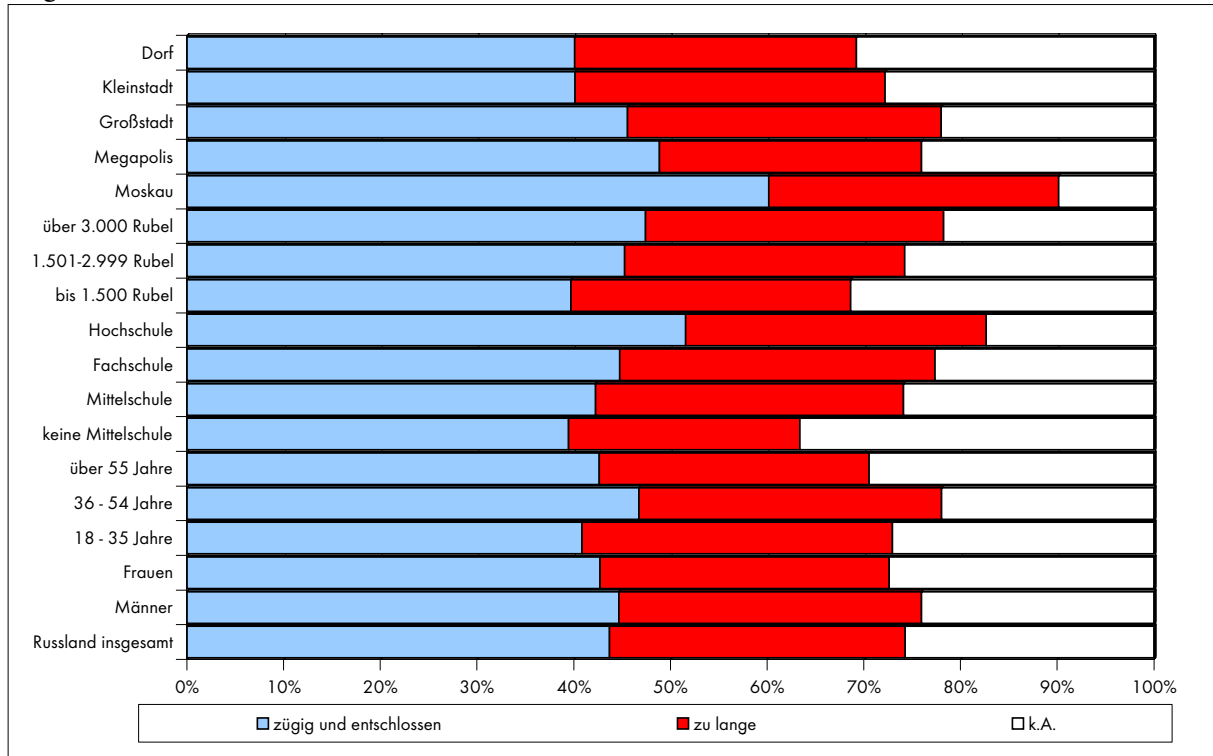


Was denken Sie, handelt es sich bei dem vorgefallenen Unfall eher um einen Zufall bei ansonsten guter Wirtschaftslage oder um eine unausweichliche Folge eines sich verschlechternden Zustandes des Energie- und Transportsektors und der Industrie?

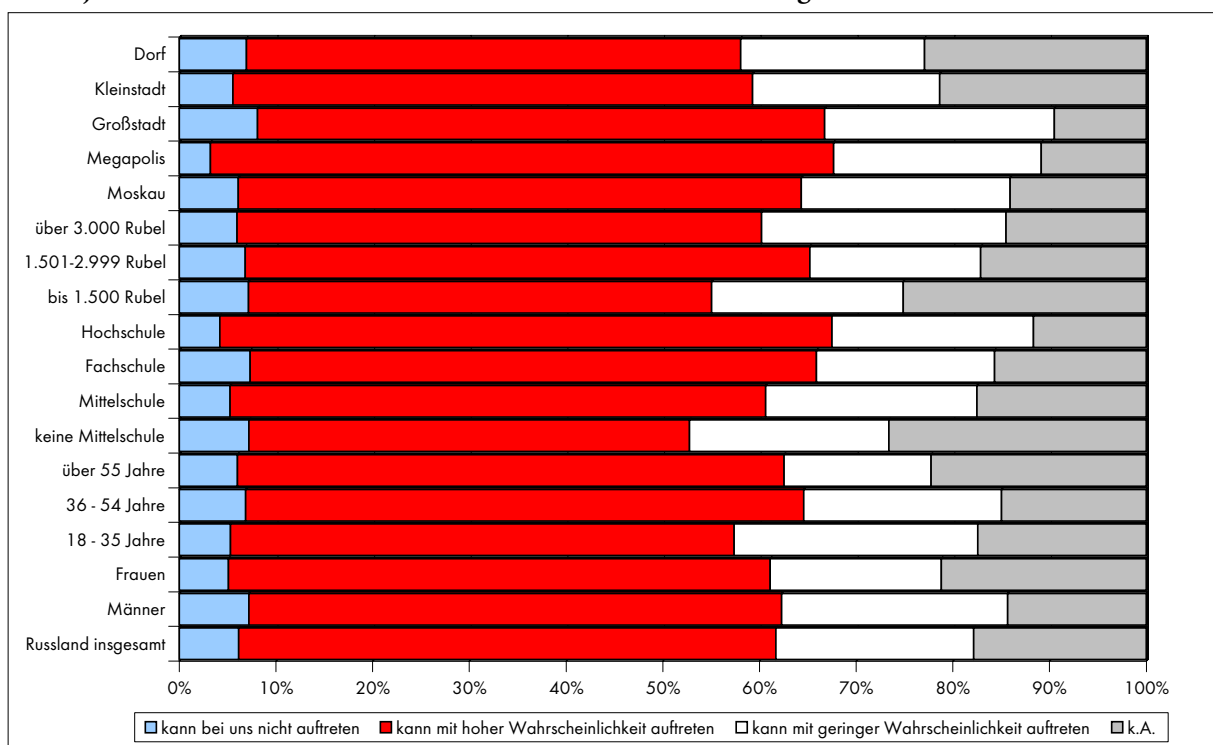


Quelle: VCIOM-Pressemitteilung Nr. 225, <http://wciom.ru/?pt=46&article=1368> 25.8.2005

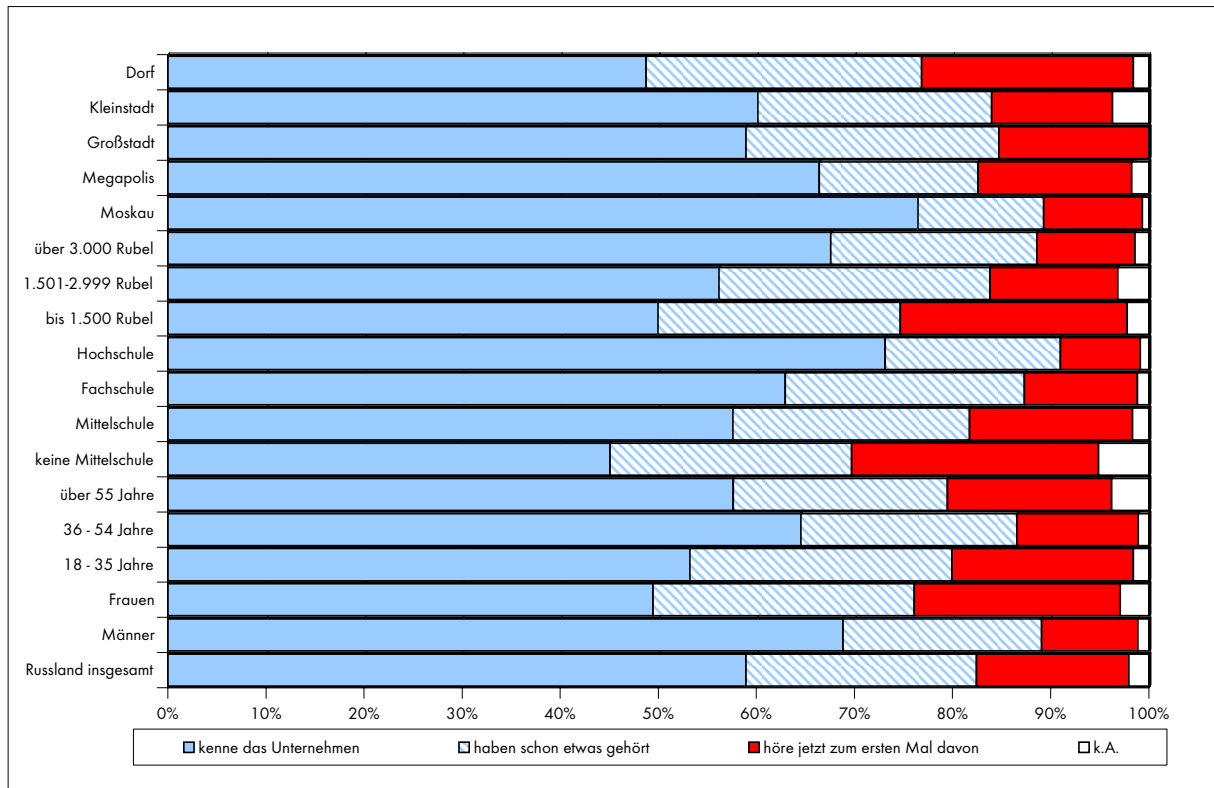
Wurde die normale Energieversorgung in Moskau und Umgebung und in den Gebieten von Tula und Kaluga Ihrer Meinung nach zügig und entschlossen wieder hergestellt oder dauerte die Reparatur zu lange?



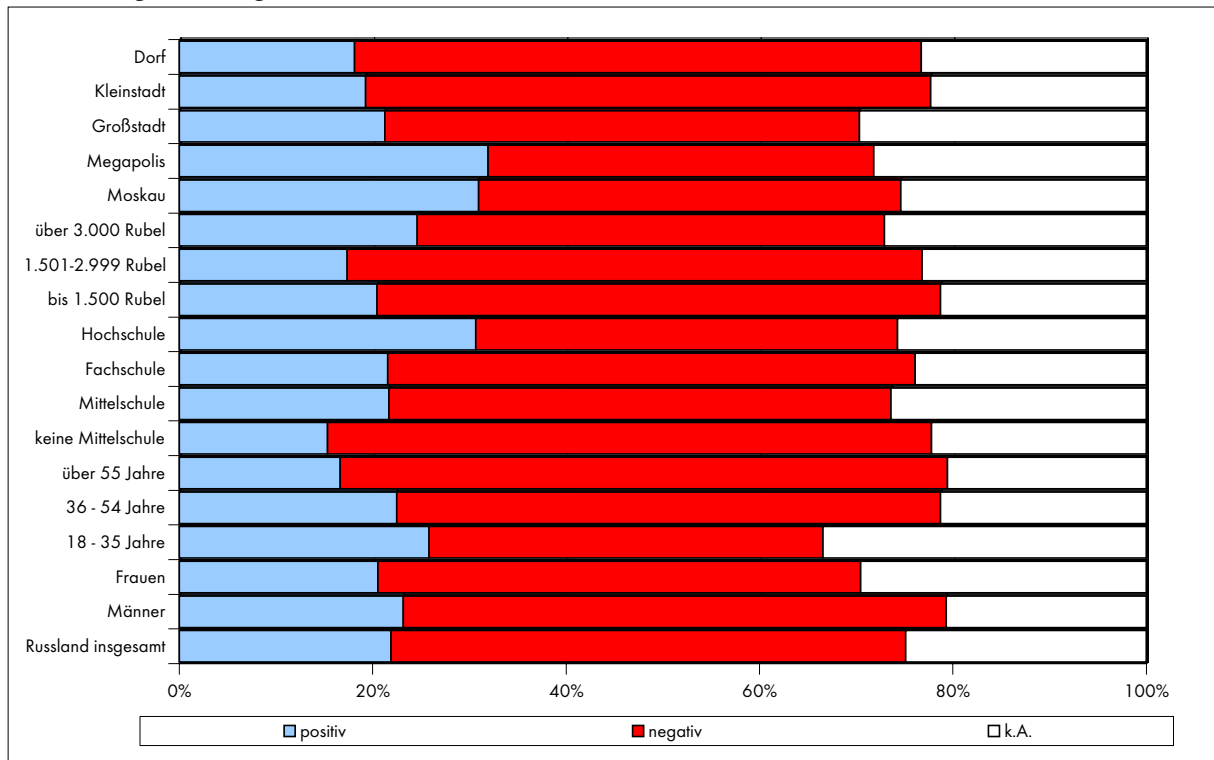
Was denken Sie, könnte ein Stromausfall dieses Ausmaßes auch in Ihrem Wohnort auftreten?
Wenn ja, ist die Wahrscheinlichkeit dafür eher hoch oder eher niedrig?



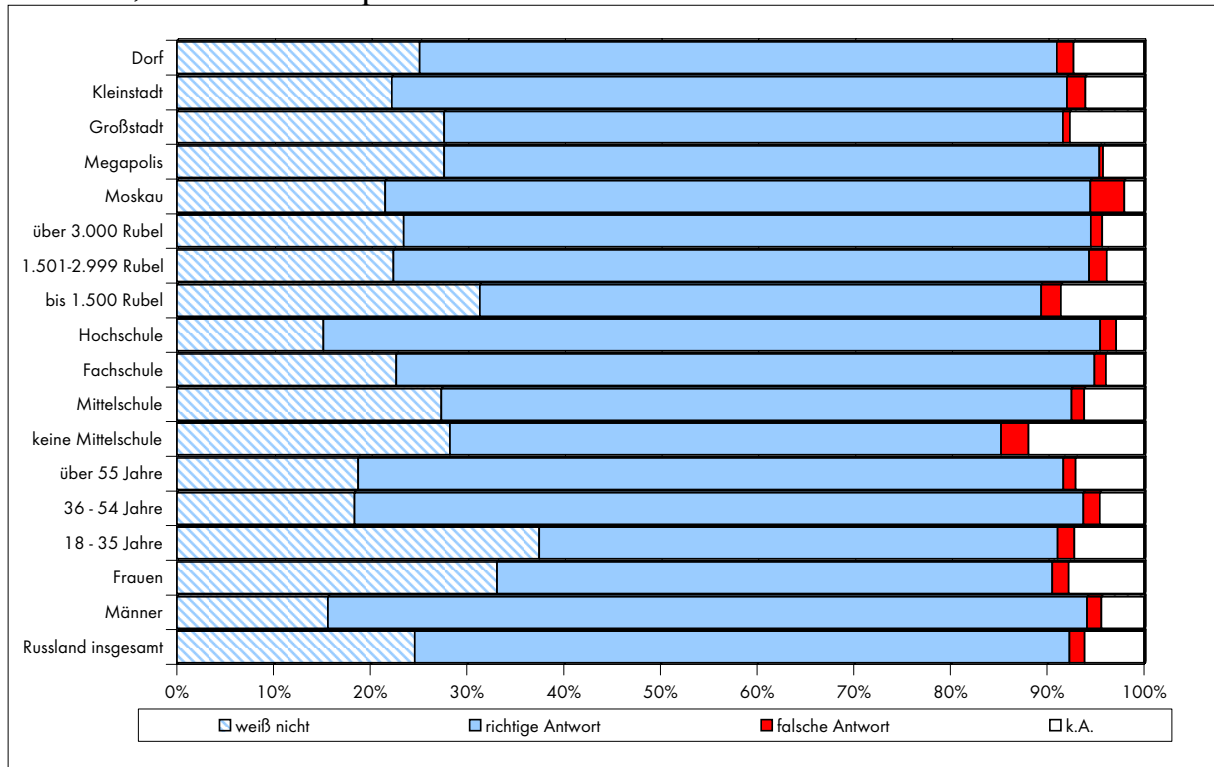
Kennen Sie das Unternehmen RAO EES, haben Sie schon einmal etwas davon gehört oder hören Sie zum ersten Mal davon?



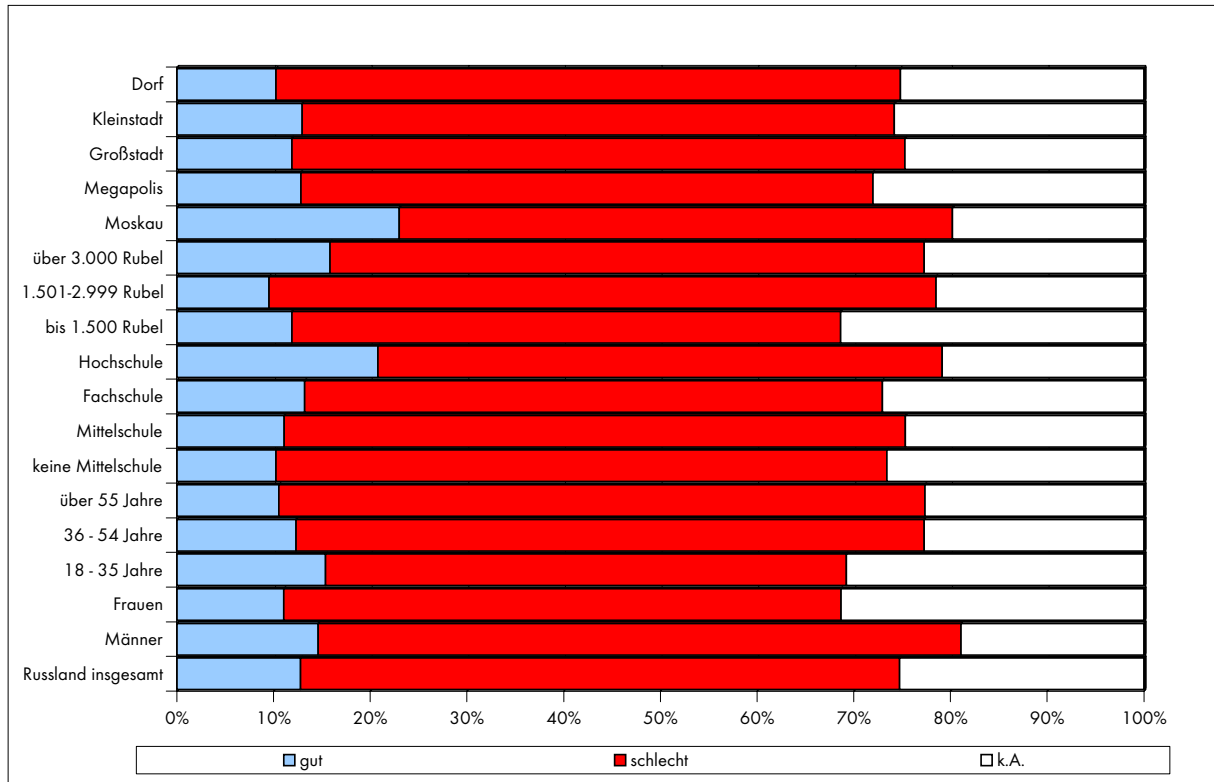
Denken Sie allgemein eher positiv oder eher negativ über RAO EES?
(Nur Befragte, die angaben RAO EES zu kennen)



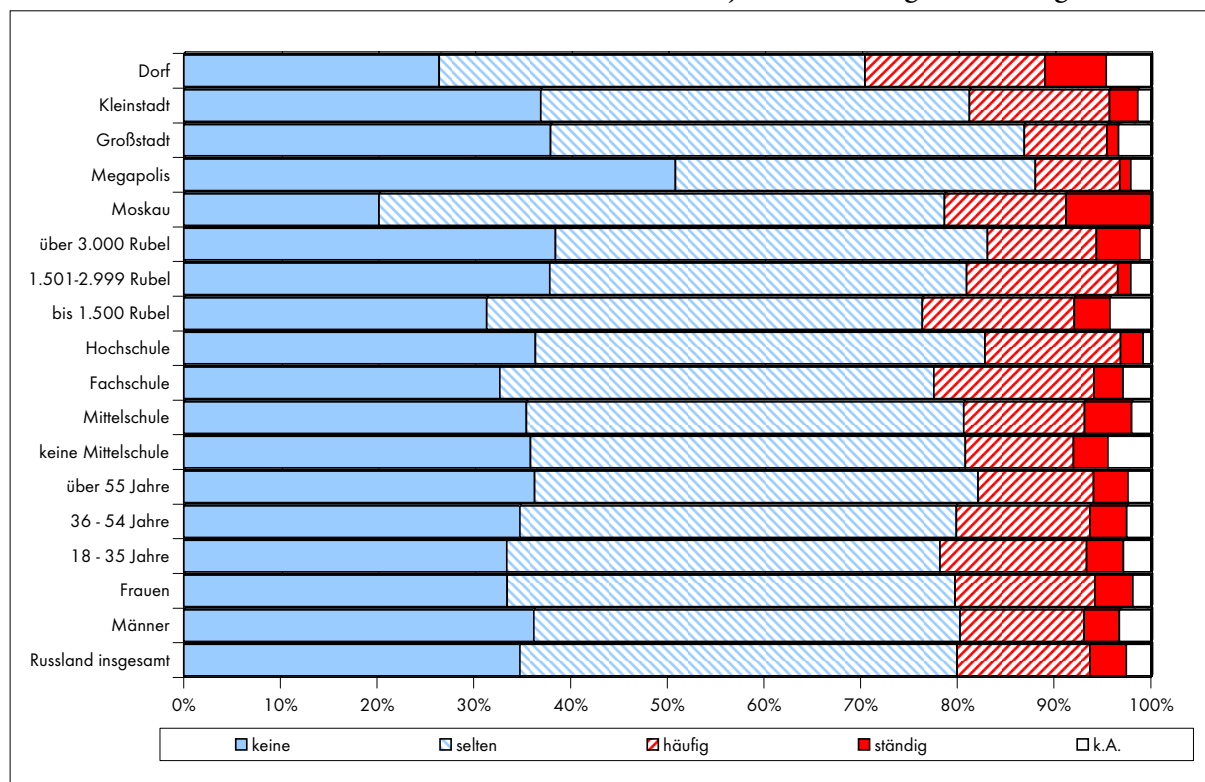
Wissen Sie, wer heute an der Spitze von RAO EES steht?



RAO EES wird von Anatolii Tschubais geleitet. Erledigt Tschubais Ihrer Meinung nach seine Aufgaben als Leiter der RAO EES Russlands gut oder schlecht?



Gab es in Ihrem Haus im letzten Monat Stromausfälle? Wenn ja: selten, häufig oder ständig?



Quelle: Umfrage FOM 4.-5. Juni 2005, <http://bd.fom.ru/zip/tb0523.zip> 10. Juni 2005

Analyse

Die Ostseegaspipeline – Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?*

Von Roland Götz, SWP, Berlin

Zusammenfassung

Als am 8. September 2005 in Berlin im Beisein von Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin von den beteiligten Unternehmen eine Absichtserklärung zum Bau einer Erdgaspipeline durch die Ostsee unterzeichnet wurde, fiel der Startschuss für ein seit Jahren diskutiertes Projekt. An diesem ist der russische Gaskonzern Gazprom stark interessiert, weil mit der Unterwasserpipeline die Transitländer Belarus, Polen und die Ukraine umgangen werden, durch die alle Gasfernleitungen von Russland nach Westeuropa bisher führen. Auch die deutsche Wirtschaft, der Aufträge beim Bau des technisch anspruchsvollen, mehrere Milliarden Euro teuren Großprojekts winken, begrüßt das Vorhaben. Missstimmung wurde allerdings in Polen, dem Baltikum und der Ukraine erzeugt, weil dort der Eindruck entstanden war, Deutschland und Russland setzten sich über die Interessen anderer Länder hinweg. Denn zunächst sind alle Erweiterungspläne für die bestehenden Gasexportleitungen durch diese Länder vom Tisch.

Die Vorgeschichte

In den neunziger Jahren war die unerlaubte Entnahme von Erdgas aus den Gastransitpipelines über ukrainisches Territorium eine immer wiederkehrende Belastung der russisch-ukrainischen Beziehungen gewesen. Der jüngste ukrainisch-russische Streit um die Ende 2004 in ukrainischen Gasspeichern "verschwundenen" 7,8 Mrd. m³ russischen Erdgases erinnert erneut daran.

Aus dieser Motivlage heraus entstand 1997 ein Joint venture zwischen der finnischen *Neste Oy* (später *Fortum*) und der russischen *Gazprom*, das den Bau der "North Transgas Pipeline" oder "Nordeuropäischen Gaspipeline" (NEGP) zum Ziel hatte. Gedacht war damals an eine Gaspipeline von Russlands riesigem, noch unerschlossenem Shtokman-Gasfeld in der Barentssee über Finnland zur russischen Ostseeküste, die dann mit einer Abzweigung nach Schweden durch die

*In abgeänderter Form erschienen als SWP-Aktuell 41/2005.

Ostsee bis Deutschland und Dänemark führen sollte. Im Dezember 2000 verlieh die EU dem Vorhaben den Status eines Trans-European Network (TEN)-Projekts. Im April 2001 beschlossen *Gazprom*, *Fortum* sowie die neu hinzugekommenen deutschen Partner *Ruhrgas* und *Wintershall* eine gemeinsame Machbarkeitsstudie. Im Juni 2003 erklärte sich die EU bereit, die Machbarkeitsstudie zu finanzieren, jedoch wurde diese nie erstellt und auch kein EU-Geld ausgegeben.

Im Juni 2003 wurde bei Putins Londonbesuch ein russisch-britisches Vorabkommen über die Pipeline unterzeichnet, da Großbritannien sein absehbares Gasdefizit gerne mit russischem und norwegischem Gas ausgleichen möchte. Im Oktober 2003 bekundeten *TotalFinaElf* sowie *RoyalDutch Shell* ebenfalls ihr Interesse an dem Projekt. Im März 2004 beschloss *Gazprom*, beim Shtokman-Gasfeld in der Barentssee Gasverflüssigung anzuwenden, was den Tankertransport von Flüssiggas (Liquified Natural Gas, LNG) ermöglicht und eine Landpipeline über Finnland entbehrlich macht. *Fortum* zog sich daraufhin zurück.

Die Ostseepipeline soll nun an das bestehende russische Fernleitungsnetz angebunden und aus den westsibirischen Gasfeldern gespeist werden. Das Erdgas wird dann, statt exklusiv aus dem gigantischen offshore-Gasfeld Shtokman aus der westsibirischen Gasregion kommen, deren weitere Entwicklung angesichts des Förderniedergangs ihrer größten Felder schwer kalkulierbar ist. Dennoch trieben die deutschen Energiekonzerne, allen voran E.ON/Ruhrgas, tatkräftig unterstützt vom Vorsitzenden des Ost-Ausschusses Klaus Mangold, das Projekt voran und booteten dabei die ausländische Konkurrenz aus – man konnte jedoch auch den Eindruck gewinnen, dass es der russischen *Gazprom* gelang, ihr Lieblingsprojekt meistbietend zu verkaufen.

Russische Interessen

Für *Gazprom* steht im Vordergrund des Interesses, dass durch die Ostseepipeline die herkömmlichen Transitländer Ukraine, Belarus und Polen umgangen werden. Damit hat der russische Gaskonzern eine gestärkte Position bei den regelmäßigen Verhandlungen über die Gastransitgebühren und kann leichter den noch niedrigen Preis für das an Belarus und die Ukraine für den Inlandsverbrauch gelieferte Gas an den Weltmarktpreis anpassen. Im Fall einer (allerdings wenig wahrscheinlichen) Unterbrechung der über Land führenden Leitungen wäre eine Ersatzkapazität vorhanden. Die Ostseegaspipeline sieht außerdem eine Abzweigung zum Gebiet Kaliningrad vor, das bislang über Belarus und Litauen mit russischem Gas versorgt wird. Aus russischer Sicht stellt die Ostseepipeline einen gelungenen Schachzug im geopolitischen Spiel in seinem westlichen Vorfeld dar: Das ökonomische Gewicht der Transitländer für russische Energieexporte wird gemindert, ihr Raum für selbständiges politisches Agieren dadurch eingeschränkt. Russland zeigt ihnen, dass es in einem gewissen Umfang auch ohne sie geht.

Alternativen und Interessen der Gastransitländer

Der Hauptteil des russischen Erdgasexports nach Westeuropa – 115 Mrd. m³ – erfolgt durch das ukrainische Gastransportnetz. Dieses ist auf eine Exportkapazität von 175 Mrd. m³ ausgelegt, die nach Überholung der Pipelines und dem Bau von Kompressorstationen erreicht werden könnte. Auf diesem Wege ließe sich also ein ebenso großer Kapazitätzuwachs erreichen, als ihn die Ostseepipeline im Endausbau ermöglicht, und das zu vergleichsweise geringen Kosten von 2 Mrd. US-Dollar gegenüber 6 Mrd. für die Ostseepipeline. Für die Rekonstruktion und Modernisierung des ukrainischen Gastransportnetzes war bereits im Juni 2002 zwischen dem damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma, dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder ein russisch-ukrainisch-deutsches "Gastransportkonsortium" vereinbart worden, dessen Aufgabe aber nicht geklärt wurde. Die von Russland favorisierte Vergabe des ukrainischen Pipelinenetzes in Konzession an Russland fand in der Ukraine keine Unterstützung und damit sank auch das russische Interesse an dem Konsortium. Nur der Bau eines Teilstücks einer Gasfernleitung aus Turkmenistan über Russland in die Ukraine wird von der russischen Seite unter dieser Überschrift weiter betrieben.

Aber nicht nur die ukrainische, sondern auch die entsprechende weißrussisch-polnische Alternativlösung liegt auf Eis. Nachdem 2005 die erste Ausbaustufe der durch Belarus und Polen führenden Gasfernleitung "Jamal-Europa" abgeschlossen wird, kann Deutschland mit 30 Mrd. m³ pro Jahr aus den westsibirischen Gasfeldern (allerdings noch nicht von der Jamal-Halbinsel) beliefert werden. Von Anfang an war daran gedacht gewesen, einen zweiten Leitungsstrang gleicher Kapazität hinzuzufügen. *Gazprom* ist daran nicht mehr interessiert, weil es der Ostseepipeline Priorität einräumt, und auch weil es um die Beziehungen Russlands zu Belarus und Polen derzeit nicht zum Besten steht: Russland verübelt Polen dessen Unterstützung der ukrainischen "Orangen Revolution" und Lukaschenko setzt zur innenpolitischen Machterhaltung auf Konfrontation mit Moskau.

Ein drittes Projekt hatte von vornherein keine Chancen. Seit 2004 wird von Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten das Projekt der Bernstein-Pipeline ins Gespräch gebracht, die von Russland kommend durch Lettland und Litauen nach Polen führen und dort parallel zur bestehenden Jamal-Europa-Pipeline verlaufen soll. Damit wäre nicht nur das problematische Belarus umgangen, sondern die beiden baltischen Staaten würden als Transitländer für russisches Erdgas aufgewertet. Jedoch gibt es für diese Transportvariante mangels russischen Interesses keine realen Aussichten.

Da Russland seine Gaslieferungen nach Westeuropa, dem dortigen Bedarf folgend, von derzeit 140 Mrd m³ bis 2010 auf 190 Mrd. m³ und

bis 2020 auf über 200 Mrd. m³ erhöhen will, besteht grundsätzlich die Notwendigkeit des Ausbaus entsprechender Transportmöglichkeiten. Der Bau der Ostseegaspipeline bedeutet aber, dass alternative Projekte alleine schon aus finanziellen Gründen zurück gestellt werden müssen, weil dafür die Investitionskraft von *Gazprom* nicht ausreicht.

Allerdings wird die Ostseepipeline auf lange Sicht nicht für die weitere Erhöhung russischer Gasexporte nach Westeuropa ausreichen. Entweder werden die Pipelinekapazitäten durch Belarus/Polen und die Ukraine doch noch vergrößert werden müssen, oder man wird Erdgas zu Flüssiggas umwandeln, das von den Gasfeldern in der Barentssee bzw. auf der Jamal-Halbinsel per Schiff auf den Weltmarkt und damit auch nach Europa gelangen kann. Dann allerdings würden weitere Gaspipelines aus Russland nach dem Westen wohl nicht mehr gebaut werden und das politisch/ökonomische Gewicht der osteuropäischen Transitländer wird entsprechend abnehmen.

Deutsche und westeuropäische Interessen

Die westeuropäischen Länder sind sehr an Diversifizierung ihrer Energieexporte interessiert, dazu gehört auch eine Vielfalt von Versorgungsrouten. Daher wurde von der EU die Idee der Ostseegaspipeline von Anfang an unterstützt. Das Argument einer durch die Ostseepipeline angeblich gestiegenen Energiesicherheit greift allerdings zu kurz: Die von Russland nach Westen führenden Transportkorridore und darunter auch die Gaspipelines über Land zählen weltweit ohnehin zu den sichersten. Für die zukünftige Versorgungssicherheit ist die Verfügbarkeit von Erdgas ausschlaggebend.

Der für die Energiesicherheit Deutschlands und Europas wichtige Umstand, dass zusätzliches Erdgas auch in Russland nur zu immer höheren Förderkosten gewonnen werden kann und der steigende russische Binnenverbrauch die Exportmöglichkeiten begrenzen wird, bleibt von der Realisierung der einen oder anderen Pipelinevariante unberührt. Der Erdgasimport Deutschlands wird 2010 rund 105 Mrd. m³ betragen und bis 2030 auf rund 150 Mrd. m³ ansteigen. Wenn durch die Ostseepipeline anfänglich 27,5 Mrd. m³ und in ihrer zweiten Ausbaustufe 55 Mrd. m³ Erdgas nach Deutschland, Kaliningrad, Schweden und Großbritannien durchgeleitet werden, wird sie maximal ein Viertel der deutschen Erdgasimporte transportieren.

Über den Autor

Dr. Roland Götz ist Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Davor war er wissenschaftlicher Referent am ehemaligen Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.

Lesetipp

Roland Götz: Russland und die Energieversorgung Europas, in: Russlandanalysen Nr. 28 (28.5.2004), S.3–6,
<http://www.russlandanalysen.de/content/media/Russlandanalysen28.pdf>

Sowie ausführlicher:

Roland Götz: Russlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas, Studie S6_2004, SWP, März 2004,
http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=782

Deutschlands Energiesicherheit auf dem Erdgassektor kann im übrigen ohnehin nicht durch Verlass auf die russischen Reserven und Lieferwilligkeit alleine gewährleistet werden, sondern erfordert eine Diversifizierung der Gasimporte unter Einbeziehung einer großen Zahl außereuropäischer Lieferanten von Nordafrika bis zum Nahen Osten und dem Iran, wobei weltweit transportables Flüssiggas eine immer bedeutendere Rolle spielen wird.

Resümee

Während die volkswirtschaftlichen Vorteile der Ostseepipeline kaum spektakulär zu nennen sind, treten ihre außenpolitischen „Kollateralschäden“ umso klarer zu Tage: Das Vorhaben verschlechtert faktisch die Position der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands gegenüber Russland und schürt Misstrauen in Deutschlands außenpolitische Ziele. Besonders in Polen schlagen die Wogen der Empörung hoch, da tief sitzenden Aversionen gegen die beiden mächtigen Nachbarstaaten aktiviert werden, die sich in der Geschichte schon mehrfach auf Polens Kosten geeinigt haben. Obwohl damit das Thema auf übertriebene Weise geopolitisch überhöht wird, kann es der EU und insbesondere Deutschland nicht gleichgültig sein, wie die EU-Mitglieder Polen, Estland, Lettland und Litauen das in ihren Augen gegen ihre Interessen gerichtete Pipelineprojekt bewerten. Ebenso wenig sollten sich die europäischen Länder über die in der Ukraine gehegten Befürchtungen einer energiepolitischen Marginalisierung hinwegsetzen.

Das zum Politikum gewordene Projekt gibt Anlass, die deutsche Russland- und Osteuropapolitik auf dem Energiesektor gegenüber den osteuropäischen Partnern künftig besser zu erläutern und zu koordinieren. Der deutsch-russische Energiedialog könnte für die Transitländer, vor allem für Polen und die Ukraine, geöffnet und stärker mit dem EU-Russland-Energiedialog verzahnt werden. Man könnte das Projekt des ukrainisch-russisch-deutschen Gastransportkonsortiums ebenfalls in einen so erweiterten Energiedialog einbeziehen und aufleben lassen. Der Balanceakt der deutsch-russischen Beziehungen innerhalb einer EU-Nachbarschaftspolitik müsste künftig mit mehr Feingefühl praktiziert werden, als im Falle der Ostseepipeline bislang geschehen.

Redaktion: Heiko Pleines

Grafik zum Text
Geplante und bestehende russische Erdgaspipelines Richtung Westen


Karte: Nora Coenenberg

Das Projekt der Ostseepipeline umfasst auf russischem Gebiet eine rund 900 km lange Anbindung an das russische Netz, eine rund 1200 km lange Unterwasserleitung von Wyborg nach Greifswald sowie eine Verbindung mit dem deutschen Leitungsnetz, von wo Erdgas bis Großbritannien weiter transportiert werden kann. Abzweigungen nach Finnland, Kaliningrad und Schweden sind ebenfalls vorgesehen. Die Gesamtkosten werden auf 6 Mrd. US-Dollar beziffert. *Gazprom* hält eine Mehrheit von 51% an dem Joint venture zum Bau der Pipeline, und zunächst sollten die restlichen 49% gänzlich an *Wintershall* gehen. Nun wird der deutsche Anteil zwischen *Wintershall* und *E.ON/Ruhrgas* aufgeteilt, wenn nicht doch noch ausländische Partner wie etwa *Fortum* aufgenommen werden, worauf *Gazprom* zu drängen scheint.

Der Bau der Ostseepipeline soll Ende 2005 beginnen, 2010 soll ein erster Leitungsstrang mit einer Kapazität von 27,5 Mrd. m³ pro Jahr in Betrieb gehen, später soll die Kapazität durch einen zweiten Strang auf 55 Mrd. m³ erhöht werden. Zum Vergleich: Deutschland importierte 2004 insgesamt 96 Mrd. m³ Erdgas, davon 42 Mrd. m³ aus Russland. Die deutsche Erdgasimporte dürften bis 2030 auf 150 Mrd. m³ ansteigen, wovon rund die Hälfte aus Russland kommen könnte. Im Zusammenhang mit dem Projekt sind auch Investitionen von *Wintershall* zur Erschließung westsibirischer Gasfelder im Umfang von rund einer Mrd. Euro geplant.

Pressestimmen

Kommentare zur Ostseepipeline

(zusammengestellt von Alexander Roizen und Bastian Stenzel)

Der polnische Staatspräsident Aleksandr Kwaśniewski im Interview mit der FAZ, 2.9.2005, S. 6

„Gute Kontakte zwischen Berlin und Moskau sind für uns alle nützlich, nur sollen sie, bitte, nicht über unseren Köpfen entstehen. [...] Ein erheblicher Zweifel unsererseits besteht hinsichtlich des russisch-deutschen Pipeline-Projekts durch die Ostsee. Wir wollten nie Öl- und Gasleitungen als politische Instrumente betrachten. Es besteht schon ein Risiko darin, dass Deutsche mit Russen eine Leitung bauen, die Mitteleuropa umgeht. [...] Das ist ein Punkt, der Besorgnis erregt und uns beunruhigt, weil es über unsere Köpfe hinweg zwischen Russland und Deutschland entschieden wurde.“

Marcin Bosacki, Gazeta Wyborcza (Warschau), 8.9.2005, S. 2

„[...] Der Bau einer Pipeline durch die Ostsee macht Mitteleuropa, vor allem Polen, im Energiebereich noch abhängiger von Russland als bisher. Russland hat eine lange Tradition, den Gashahn bei Streitigkeiten mit anderen Ländern zu nutzen ... Bislang wurde das „Gashahn-Argument“ gegen Polen dadurch erschwert, dass auch Deutschland an der gleichen Pipeline hing. [...] Gerhard Schröder hat in den letzten Jahren ... das Machtdreieck Paris-Moskau-Berlin zu Lasten der kleinen Mächte umgestaltet. [...] Polen sollte in dieser Situation die Illusion begraben, dass die gemeinsame Leitung mit Deutschland Sicherheit bei der Energieabhängigkeit von Russland gibt. Zum anderen sollte es neue Gespräche mit der neuen, christdemokratischen Regierung in Deutschland geben. Angela Merkel, die mit Sicherheit Kanzler wird, hat kürzlich in Warschau gesagt, Ostpolitik könne nicht über die Köpfe der Polen hinweg geführt werden. Nehmen wir sie beim Wort.“

Der russische Präsident Wladimir Putin auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Gerhard Schröder nach Unterzeichnung des Vertrages am 8.9.2005

<http://www.bundesregierung.de/mitschrift,413.886143/Pressekonferenz-mit-Bundeskanz.htm> 12.9.2005

„[...]Gazprom hat ein Abkommen über zusätzliche Erdgaslieferungen nach Deutschland und in einige andere europäische Staaten in der Größenordnung von 60 Milliarden Kubikmeter unterzeichnet. Es ist unmöglich, dieses Volumen über die existierenden Pipelines zu transportieren. Wir stoßen niemanden aus dem existierenden Geschäft heraus. Doch wir möchten bei dem Bau des neuen Pipeline-Netztes politischen, ökologischen, klimatischen und anderen Risiken ausweichen und deswegen den Preis für diese Energie, die deutsche Konsumenten erhalten, auch etwas niedriger ansetzen. Je mehr Transitländer es gibt, durch die wir dieses Erdgas transportieren, desto mehr wird für diesen Transit bezahlt werden.[...]“

Kommersant (Moskau), 9.9.2005, <http://www.kommersant.ru/doc.html?DocID=607274&IssueID=23504> 12.9.2005

„[...] Man merkt, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder jetzt ganz im Wahlkampf steckt. [...] So tat er direkt nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen [...] nicht das, was er hätte tun sollen – nämlich sie zu kommentieren – sondern erging sich quälend lange in Erinnerungen an praktisch die gesamten russisch-deutschen Beziehungen und dankte Putin – zum wievielten Mal eigentlich? – für die Einladung zu den Feiern zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges.

Putin, dem hoffentlich keine Wahlen drohen, sprach zum Thema – das heißt über die Eckpunkte des Pipelinebaus in Nordeuropa. Die Pipeline soll 1200 Kilometer über den Grund der Ostsee führen, mit Abzweigungen nach Kaliningrad, Schweden und Finnland und der Option auf insgesamt 3000 km über die Niederlande nach Großbritannien.[...]“

Iswestija (Moskau), 9.9.2005; <http://main.izvestia.ru/politic/09-09-05/article2661413> 12.9.2005

„[...] Wladimir Putin und Gerhard Schröder wirkten gestern bei ihren möglicherweise letzten offiziellen Gesprächen zeitweise sehr gerührt. Wie sich herausstellte, fand aber auch diese grenzenlose Unbekümmertheit ihre Schranken – in Berlin waren das Polen und die Ukraine.[...]“

Bundeskanzler Schröder auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Wladimir Putin nach Unterzeichnung des Vertrages am 8.9.2005

<http://www.bundesregierung.de/mitschrift,413.886143/Pressekonferenz-mit-Bundeskanz.htm> 12.9.2005

„[...] Deutschland sichert in direkter Partnerschaft mit Russland große Teile seiner Energieversorgung auf Jahrzehnte. [...] Im Übrigen [...] ist diese Zusammenarbeit gegen niemanden gerichtet, sondern sie dient deutschen und russischen Interessen. Ich wüsste nicht, was daran falsch sein sollte.“

Financial Times Deutschland, 9.9.2005, S. 31

„[...] Wenn sich Deutschland schon gefährlich einseitig auf den Lieferanten Russland festlegt, dann hätte es für die Pipeline einen besseren Verlauf gegeben: Die Trasse über das Baltikum wäre billiger ausgefallen, wie Manager bei Eon und BASF wissen. Aus deutscher Sicht ist auch kaum zu befürchten, dass die Ukraine oder EU-Mitglieder wie Polen zum Risiko für die Versorgung werden könnten. Schröders Einsatz für die Ostsee-Variante stellt daher vor allem einen Gefallen für Putin dar.“

Handelsblatt, 9.9.2005, S. 11

„[...] in Wirklichkeit gibt es diesmal gute Gründe, nicht auf die Einwände von Polen und Balten zu hören. Mit der Pipeline werden skandinavische Länder und außer Deutschland noch die Niederlande und Großbritannien bedient. Es gibt bereits Gaspipelines auf dem europäischen Festland sowohl durch die Ukraine wie durch Polen. Deren Versorgungssicherheit sinkt also keineswegs. Was gerade Polen stattdessen verloren geht, ist eine satte Durchleitungsgebühr. [...]“

Michael Thumann, Die ZEIT, Nr. 37, 8.9.2005, S. 11

„[...] Warum treiben Schröder und Putin die Sache so eilig voran? Wem nützt das baltische High-Tech-Rohr? Und was haben angesichts explodierender Energiepreise deutsche Verbraucher davon? [...]“

In Russland gibt es einen riesigen, kürzlich wieder verstaatlichten Konzern, der die Sache vorantreibt. Für Gasprom hat die Pipeline nur Vorteile. Sie umgeht die lästigen Transitländer Weißrussland, Ukraine, Polen und die baltischen Staaten, die Moskau Transportgebühren abverlangen und sich sofort in Brüssel beschweren, sobald man sie ein bisschen unsanft anpackt. Mit der neuen Pipeline wird Russland in der Lage sein, die Deutschen zu bedienen, während man die Rohrleitung nach Polen oder Lettland auch mal zudrehen kann, falls die Lage es erfordert. [...]“

Frank Nienhuysen, Süddeutsche Zeitung, 9.9.2005, S.4

„[...] das Abkommen [zementiert] die deutsch-russische Freundschaft, personifiziert durch den trauten Männerbund zwischen Kanzler und Kremlchef. [...]“

Die engen Bande zwischen Putin und Schröder sind allein noch nicht verwerflich, schon gar nicht, wenn sie zum Boom im beiderseitigen Handel führen. Aber sie schüren inzwischen das Misstrauen wichtiger anderer Partner in Europa, und das ist ein Problem [...]

Das Pipeline-Projekt verstimmt zwar in erster Linie den Osten Europas; der kritiklose Umgang Schröders mit dem Tschetschenien-Konflikt und dem Ausbau des autoritären Machtsystems berührt jedoch auch die Europäische Union selber. [...]

Für Deutschland als Pfeiler der Europäischen Union darf es also nicht allein um eine enge energie- und wirtschaftspolitische Verzahnung mit Russland gehen. Denn was sonst, wenn nicht die Wirtschaft kann Schröder gemeint haben, als er in Berlin von der atemberaubenden Entwicklung Russlands sprach? Die Yukos-Affäre wohl kaum, die Willkür der Justiz, die Entmachtung der Parteien und Gouverneure, die Knebelung der Medien, die Einschüchterung von unabhängigen Organisationen wohl ebenso wenig. Wenn Putin daran nichts ändert, bleibt die europäische Integration Russlands auf lange Sicht begrenzt. Dies sollte Berlin auch einmal deutlich machen, so laut, dass es auch Länder wie Polen hören können.“

Jacques Schuster, Die Welt, 9.9.2005, S. 7

„[...] ‚Eine Freundschaft, die auf einem Geschäft beruht, ist besser, als ein Geschäft, das auf Freundschaft beruht.‘ Nelson Rockefellers Worte passen zum Geist der Verträge. Leider hat Schröder diesen Pragmatismus im Umgang mit Putin nur selten walten lassen. Immer wieder liebäugelte er mit einem deutsch-russischen Sonderverhältnis, sprach von der Achse Paris-Berlin-Moskau und kümmerte sich wenig um die Sorgen der mitteleuropäischen Staaten. Dass Polen nun ein neues „Rapallo“ fürchtet und sich sorgt, zwischen die Mühlesteine der Großen zu geraten, ist nicht weiter verwunderlich. Im Gegenteil, Warschauer Ängste sind ein Ergebnis der Schröderschen Außenpolitik. [...]“

Nick Reim, die tageszeitung, 9.9.2005, S.3

„[...] Von der politischen Problematik einmal abgesehen: ‚Eine Pipeline auf dem Meeresgrund ist eine größere Ökologische Bedrohung als eine an Land verlegte‘ sagt Professor Jan Harff, der am Rostocker Institut für Ostseeforschung für Geologie zuständig ist. Ein Leck an Land könne relativ schnell entdeckt werden, eine havarierte Unterseeleitung bleibe tagelang unentdeckt. ‚Wie groß die Havarie-Gefahr ist, hängt von der Trassenführung ab‘, sagt Harff. Die Ostsee habe einige tektonische Spezifika, ‚die unbedingt berücksichtigt werden müssen.‘“

Chronik

Vom 9. bis zum 15. September 2005

9. 9. 2005	Die Sondergruppe der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation wird bei der Beslan-Untersuchung eine zusätzliche Überprüfung der verantwortlichen Personen des Nordossetischen FSB durchführen.
9. 9. 2005	Wladimir Putin will einen Präsidentenrat für die Kontrolle der Realisierung der Nationalen Projekte, die Priorität besitzen, gründen. Dessen Funktionen werden im Großen und Ganzen denen der Regierung entsprechen.
9. 9. 2005	Ermittler der Generalstaatsanwaltschaft haben im Rahmen der Ermittlungen zur Geiselnahme in Beslan den Präsidenten der russischen Teilrepublik Nordossetien, Tajmuras Mamsurow, zum Verhör vorgeladen. Das teilte der stellvertretende Generalstaatsanwalt, Wladimir Kolesnikow, auf einer Pressekonferenz in Wladikawkas mit.
10. 09. 2005	Der in Haft sitzende frühere russische Öl-Unternehmer Michail Chodorkowski hat Bundeskanzler Schröder eine zu unkritische Haltung gegenüber Russlands Präsident Wladimir Putin vorgeworfen.
10. 09. 2005	Der frühere russische Ministerpräsident Michail Kasjanow kündigte an, dass er alles dafür tun wird, damit die liberale Opposition eine reelle politische Kraft wird und schließt vorgezogene Parlamentswahlen im Jahre 2006 nicht aus.
10. 09. 2005	Russland lehnt den Aufruf der westlichen Staaten ab, das sog. „Atomdossier“ über den Iran an den Sicherheitsrat der UNO zu übergeben.
11. 09. 2005	Das Zusammentreffen der Anwohner von Beslan mit dem russischen Präsidenten Putin hat nach den Worten eines Mitglieds des Komitees „Die Mütter von Beslan“ überhaupt kein Ergebnis gebracht.
12. 09. 2005	Laut dem russischen Botschafter in der Ukraine Tschernomyrdin wird Präsident Putin die ukrainische Hauptstadt Kiew in der zweiten Oktoberhälfte besuchen.
12. 09. 2005	Der irakische Präsident Talabani hat Russland dazu aufgerufen, seine gegenwärtige Irak-Politik zu überdenken.
12. 09. 2005	Zwei Polizisten sind bei der Explosion eines Autos in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny ums Leben gekommen.
12. 09. 2005	Der tschetschenische Präsident Alu Alchanow ist überzeugt, dass die gegenwärtige Situation in Tschetschenien für die bevorstehenden regionalen Parlamentswahlen günstig ist. Das teilte er nach einer Beratung in Grosny, in der Probleme der Vorbereitung der Parlamentswahlen erörtert wurden, mit.
13. 09. 2005	Die russische Generalstaatsanwaltschaft beschuldigt die Einwohner von Beslan, dass diese keine objektiven Angaben über die Geiselnahme in der Schule Nr. 1 vom 1. September 2004 machen. Laut dem stellvertretenden Generalstaatsanwalt Nikolaj Schepel berichten viele Zeugen nicht darüber, was sie gesehen, sondern darüber, was sie aus den Medien erfahren haben.
13. 09. 2005	In Grosny ist das Gebäude des Innenministeriums beschossen worden. Nach ersten Angaben sind dabei 10 Menschen verletzt worden.
13. 09. 2005	Der russische Außenminister Sergej Lawrow ist nach New York gekommen, um an den Veranstaltungen im Rahmen der 60. Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung teilzunehmen.
14. 09. 2005	Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow traf sich im Rahmen seines Arbeitsbesuchs in Berlin mit dem US-amerikanischen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.
14. 09. 2005	Die Verhandlung über den Einspruch von Michail Chodorkowski und Platon Lebedew gegen deren Verurteilung wird wegen Erkrankung des Anwalts von Chodorkowski auf den 19. September verschoben.
14. 09. 2005	Wladimir Putin hat als erster in New York die Konvention über den Kampf gegen den Atomterror unterschrieben. Das ist das erste Dokument, das die UNO-Vollversammlung auf russische Initiative hin beschlossen hat.
14. 09. 2005	Der russische Ex-Premier Michail Kassjanow hat angekündigt, 2008 für das Amt des Präsidenten der Russischen Föderation zu kandidieren.
15. 09. 2005	Der Vorsitzende der Duma Boris Gryslow hat die Möglichkeit von Straßenunruhen in der Ukraine im Zusammenhang mit der dortigen politischen Krise nicht ausgeschlossen.
15.09. 2005	Präsident Putin fordert vor der Generalversammlung der UNO eine „konstruktive“ Reform der UNO und benennt den Terrorismus als Hauptbedrohung für Menschenrechte und Entwicklung.

(zusammengestellt von Alexander Roizen)

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de